

FDP **BÜRGER** **LISTE**

GEMEINSAM FÜR BRETEN

PROGRAMM
der FDP/Bürgerliste
zur Wahl des Gemeinderates
der Großen Kreisstadt Bretten
am 9. Juni 2024

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
Statements unserer Spitzenkandidaten	4
Unsere Kandidaten	5
1 Gartenschau 2031 – Vollgas oder Notbremse?	6
2 Stadtteile stärken – 9 * Vielfalt	6
3 Bauen und Wohnen – in Bretten und für Bretten	7
4 Sozial, gesund, integrativ – Unsere Gemeinschaft entwickelt sich weiter	8
5 Mobilität – Lösungen für Verkehr und Infrastruktur	9
6 Nachhaltig – für Klima, Umwelt und Energie	11
7 Kinder und Jugendliche fördern – Bildung und Betreuung vor Ort	12
8 Gemeinsam stark – Impulse für Ehrenamt und Vereinsleben	13
9 Finanzstark und bürgernah – für transparente Finanzpolitik und effiziente Verwaltung	14
10 Standort stärken, Zukunft sichern – Attraktive Wirtschaftsfaktoren in Bretten	14
11 Eine sichere Zukunft: Öffentliche Sicherheit und Ordnung	16
12 Digitalisierung als Chance – Smart City	17

Präambel

Im Folgenden möchten wir, die FDP/Bürgerliste Bretten, unser Programm zur Kommunalwahl 2024 vorstellen. Im Großen wie im Kleinen steht unser Zusammenleben unter großem Veränderungsdruck. Bezahlbarer Wohnraum, medizinische Versorgung, Migration, Bildung und die Betreuung der Kleinsten und Ältesten sind nur ein einige Themen, die jetzt aktiv und mutig angegangen werden müssen. Nicht für alle Herausforderungen gibt es auf kommunaler Ebene hinreichende Gestaltungsmöglichkeiten und sicherlich kommt es in den nächsten Jahren zu der einen oder anderen Überraschung, die uns vor neue Probleme stellen wird. Es wird aber auch viel Positives geben. Insgesamt möchten wir Gestaltungsspielraum ausnutzen, sukzessive erweitern und daran mitarbeiten, die Zukunft und anstehende Veränderungen für und in Bretten aktiv mitzugestalten und nicht einfach geschehen zu lassen.

Unser Programm und unsere Kandidaten kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Wir sind überzeugt, die nötige Innovationskraft und den notwendigen Pragmatismus für ein starkes, zukunftsfähiges Bretten zu haben, und freuen uns auf die anstehenden Aufgaben. Dies bedeutet für uns einen fairen Ausgleich von Ökologie, Ökonomie und Sozialem.

„Gemeinsam für Bretten“ – unter diesem Motto sind wir zusammengelassen und unter diesem Motto ist das vorliegende Wahlprogramm entstanden. Wir hoffen, mit dem Programm und insbesondere mit den konkreten Vorschlägen möglichst viele Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen und auch zu überzeugen. Wir freuen uns auf den Austausch mit allen Interessierten auf unseren Wahlkampfveranstaltungen sowie in den Sozialen Medien. In diesem Sinne viel Spaß mit der Lektüre! Auf ein möglichst starkes Mandat für die FDP/Bürgerliste und damit auch für Bretten!

Statements unserer Spitzenkandidaten

Jan Elskamp

„Die öffentliche Hand muss sich wieder stärker auf ihre Pflichtaufgaben konzentrieren und den Verwaltungskörper begrenzen. Das ständige Ausweiten der Tätigkeiten öffentlicher Kommunen wird letzten Endes durch Steuern und Abgaben der Bürger finanziert. Die Finanzen der Stadt dürfen deshalb nicht allein am Finanzhaushalt der Stadtverwaltung gemessen werden. Der Wohlstand der Bürgerschaft spielt eine ebenso tragende Rolle für ein gesundes Finanzergebnis.“

Timo Hagino

„Mit Engagement und Leidenschaft lässt sich auch mit geringen finanziellen Mitteln vieles bewegen. Weil dies in Rinklingen in den letzten fünf Jahren sehr gut gelungen ist, möchte ich mich nun auch für die Kernstadt und alle weiteren Stadtteile einsetzen. Meine Heimatstadt Bretten benötigt Menschen mit Ideen und Tatkraft. Deshalb stelle ich mich zur Wahl. Die Partnerschaft von FDP und unabhängiger Bürgerliste symbolisiert für mich, dass man zusammen sehr vieles erreichen kann. Packen wir es GEMEINSAM an!“

Sibille Elskamp

„Seit 2014 setze ich mich als Gemeinderätin leidenschaftlich für Bretten und seine Stadtteile ein. Bei der Kommunalwahl 2024 trete ich für die FDP/Bürgerliste an, weil mich die sachorientierte Herangehensweise unserer neuen Listengemeinschaft überzeugt. Unser Wahlprogramm enthält unzählige gute Vorschläge und eine klare Zukunftsvision für die Melanchthonstadt. Der Erhalt der Altstadt ist dabei ein wichtiger Schwerpunkt, um die Lebensqualität in Bretten zu steigern. Ich stehe für ein stärkeres Miteinander statt Gegeneinander, denn nur gemeinsam können wir Bretten weiter stärken.“

Ingo Jäger

„Als Gastronom in der Brettener Innenstadt liegt mir die Aufenthaltsqualität für Bürger und Touristen besonders am Herzen. Bei der Kommunalwahl 2024 trete ich für die FDP/Bürgerliste an, weil ich überzeugt bin, dass wir Bretten gemeinsam fit für die Zukunft machen können. Besonders wichtig ist mir die Unterstützung des Einzelhandels, damit Bretten auch künftig eine lebendige Innenstadt bietet, in der man essen, einkaufen und die Gemeinschaft genießen kann.“

Andrea Klein

„Vom Bürger für Bürger: Als Brettenerin ist es mir ein großes Anliegen, die wichtigen Themen unserer Stadt transparent und unter Einbeziehung aller Bürger anzugehen, um unsere Stadt und ihre Stadtteile weiterzuentwickeln. Besonders am Herzen liegen mir die Bedürfnisse der Jüngsten unserer Gesellschaft. Sie benötigen ausreichende und moderne Betreuungs- und Bildungsstätten, sichere Schulwege und familienfreundliche Freizeitmöglichkeiten. Ebenso wichtig ist die Integration älterer Mitbürger und die Bereitstellung bezahlbarer seniorengerechter Wohnräume. Wir dürfen auch die sozial Schwächsten unserer Stadt nicht aus dem Blick verlieren.“

Unsere Kandidaten

UNSER TEAM FÜR BRETTE



Listenplatz 3
Sibille Elskamp
59 Jahre,
Handelsfachwirtin,
Kernstadt



Listenplatz 6
Volker Duscha
57 Jahre,
Kaufmännischer Leiter/CFO,
Kernstadt



Listenplatz 9
Sebastian Weber
32 Jahre,
Unternehmer und Mitarbeiter im
Landtag Baden-Württemberg,
Gölshausen



Listenplatz 12
Gregor Junker
29 Jahre,
IT-Verantwortlicher,
Kernstadt



Listenplatz 15
Manuel Schneider
32 Jahre,
Vertriebsleiter,
Kernstadt



Listenplatz 18
Silke Hagino
45 Jahre,
Lehrerin am Gymnasium,
Rinklingen



Listenplatz 21
Marion Brunner
63 Jahre,
Lehrerin an der Beruflichen
Schule Mühlacker,
Kernstadt



Listenplatz 24
Leonie Weber
18 Jahre,
Studentin,
Rinklingen



Listenplatz 1
Jan Elskamp
29 Jahre,
Produktmanager,
Kernstadt



Listenplatz 4
Ingo Jäger
49 Jahre,
Selbständiger Gastronom,
Kernstadt,



Listenplatz 7
Kristina Gerweck
43 Jahre,
Zahnärztin,
Kernstadt



Listenplatz 10
Britta Traut
57 Jahre,
Einzelhandelskauffrau,
Rinklingen



Listenplatz 13
Mehmet Ekincioglu
32 Jahre,
Consultant,
Kernstadt



Listenplatz 16
Michaela Maier
64 Jahre,
Bauingenieurin/Angestellte bei einer
Hausverwaltung,
Kernstadt



Listenplatz 19
Julius Bischoff
42 Jahre,
Unternehmer/Geschäftsführer,
Kernstadt



Listenplatz 22
Rasul Bayrak
27 Jahre,
Selbständiger Friseur,
Kernstadt



Listenplatz 25
Birgit Hase
59 Jahre,
Diplomingenieurin/Assistentin der
Geschäftsleitung,
Kernstadt



Listenplatz 2
Timo Hagino
48 Jahre,
Versicherungsmakler und
Ortsvorsteher,
Rinklingen



Listenplatz 5
Andrea Klein
49 Jahre,
Vertragsmanagerin bei einer
Softwarefirma,
Kernstadt



Listenplatz 8
Marius Lingenfelser
29 Jahre,
Polizeibeamter,
Kernstadt



Listenplatz 11
Christian Schönhaar
30 Jahre,
Global SAP Manager,
Kernstadt



Listenplatz 14
Markus Schlegel
52 Jahre,
Dipl.-Ing. Maschinenbau/
Projektleiter,
Kernstadt



Listenplatz 17
Achim Baier
52 Jahre,
Unternehmer/Geschäftsführer
Rinklingen



Listenplatz 20
Milko Gauß
52 Jahre,
Konditormeister/selbstständig,
Kernstadt



Listenplatz 23
Frank Stegmüller
56 Jahre,
Informationssicherheitsbeauftragter,
Kernstadt



Listenplatz 26
Peter Wernert
49 Jahre,
Selbständiger IT-Dienstleister,
Diedelsheim

1 Gartenschau 2031 – Vollgas oder Notbremse?

Mit Blick auf die Gartenschau 2031 nimmt die FDP/Bürgerliste vielfach Skepsis in der Bevölkerung wahr. Seit der erfolgreichen Bewerbung 2019 ist leider zu wenig in Gang gekommen. Wesentliche Grundstücke, die für das Projekt gebraucht werden (etwa in der Wilhelmstraße und auf der Diedelsheimer Höhe), sind weiter in privater Hand. Ohne die Flächen an der Wilhelmstraße ist der ganze Plan jedoch auf Sand gebaut.

Die Südwestumgehung wird nicht rechtzeitig bis 2031 gebaut werden; damit sind die Vorhaben der Gartenschau an der Wilhelmstraße mehr Wunschtraum als konkrete Planung. Die Stadt Bretten ist in jeglicher Hinsicht in einer zu schwachen Verhandlungsposition, um das Steuer noch herumreißen zu können.

Die Kosten der Gartenschau stehen daher vermutlich in keiner guten Relation zum Mehrwert für die Stadt und ihre Bürgerschaft. In den Ortsteilen haben wir andere Prioritäten vernommen; dort sieht man die Gartenschau oft als exklusives Vorhaben der Kernstadt. Es ist kein belastbarer Projektplan bekannt und es ist daher auch nicht transparent, wie die Gartenschau rechtzeitig bis 2031 organisiert werden soll. Wir zweifeln vor diesem Hintergrund auch an den Kapazitäten der Verwaltung für Konzeption, Planung und Durchführung eines solchen Großprojekts.

Die FDP/Bürgerliste schlägt deshalb vor, nach den Wahlen und gemeinsam mit der Stadtverwaltung, der neuen Oberbürgermeisterin bzw. dem neuen Oberbürgermeister noch 2024 eine realistische Bestandsaufnahme des Projekts Gartenschau 2031 durchzuführen.

Wenn die Zeit nicht ausreicht, sollte Bretten darum bitten, in einen späteren Jahreslot zu tauschen. Vielleicht sind die Gartenschau Benningen und Marbach am Neckar 2033 oder die Gartenschau Riedlingen 2035 schon weiter gediehen und es wäre eine Win-Win-Situation, die Ausrichtungsjahre zu tauschen?

Wir lassen uns gerne überzeugen, dass die beschriebene Skepsis fehl am Platze ist, dann muss Bretten allerdings mehr Gas geben als bisher.

Wenn die Skepsis aber berechtigt ist, sollte Bretten die Notbremse ziehen und sich auf realistischere Vorhaben und dringende Pflichtaufgaben konzentrieren.

2 Stadtteile stärken – 9 * Vielfalt

Die Hälfte der Brettener Bürgerschaft lebt in einem der neun Stadtteile außerhalb der Kernstadt. Es ist der FDP/Bürgerliste wichtig, die Stadtteile zu stärken, damit sie fair an der Entwicklung der gesamten Gemeinde teilhaben. Deshalb haben wir im Vorfeld der Gemeinderatswahl alle Stadtteile besucht und waren mit den jeweiligen Ortsvorstehern im Gespräch, um einen besseren Eindruck zu bekommen.

Wenn die nachwachsende Generation wegen Ausbildung oder Studium wegzieht und dann eines Tages nicht zurückkehrt, dann verarmen die Ortsteile und werden zu Schlafdörfern mit dem sogenannten Donut-Effekt im Ortskern: Außenherum wird neu gebaut und im Ortskern wird zunächst die Infrastruktur vernachlässigt; später dann verfällt die Bausubstanz. Grundschule, Kindergarten, freiwillige Feuerwehr und Vereinsleben müssen erhalten bzw. gefördert werden, um diese Entwicklung zu vermeiden.

Nahversorgung in den Stadtteilen

Die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs hat sich in den Ortsteilen über die letzten Jahre leider teilweise enorm verschlechtert. Klassischer Lebensmittelhandel lohnt sich oft nicht mehr und rollende Läden kommen an ihre Grenzen. Um den Ortsmittelpunkt aufzuwerten und die Nahversorgung zu gewährleisten, ist in Ruit und Neibsheim ein digitalisierter Tante-Emma-Laden mit Online-Registrierung und Abrechnung angedacht, der über einfache Automaten hinausgeht. Sollte sich das Konzept bewähren, wäre das auch für andere Ortsteile eine Option. Dieser Ansatz hängt von der Örtlichkeit für den Laden ab (zentral, mit Parkmöglichkeit, richtige Größe, bezahlbar). Diese innovative Art der Grundversorgung reduziert Autoverkehr und muss unterstützt werden.

OrtsVORsteher sind OrtsVERsteher

Die Ortsvorsteher und Ortschaftsräte können direkter umsetzen und brauchen mehr Freiräume. Dazu gehört zum Beispiel, dass die Grünpflege bei Bedarf teilweise über einen Gemeindearbeiter geregelt werden kann statt zentraler Vergabe für ganz Bretten. Die Entscheidungshoheit für diese Punkte sollte vor Ort liegen.

In den Ortsteilen fällt der Investitions- und Sanierungsstau ins Auge, den es in der Kernstadt so nicht zu beobachten gibt; dieser muss aufgelöst werden.

Der Gemeinderat hat die Haushaltshoheit und daher muss der kommende Gemeinderat alle Stadtteile zu Beginn der Legislaturperiode besuchen, um sich ein Bild über dringend nötige Maßnahmen zu machen. So dann kann ein längerfristiger Plan erstellt und abgearbeitet werden.

Stärkung des Ehrenamts vor Ort in den Stadtteilen

Die Pflege der Dorfgemeinschaft wird im Wesentlichen durch ehrenamtlich Tätige geleistet. Dies sind hauptsächlich Mitglieder der örtlichen Vereine und ihre geleistete Arbeit kann an Wert nicht hoch genug geschätzt werden. Die FDP/Bürgerliste befürwortet, dass jeder Stadtteil die Möglichkeit erhält, einen Tag des Ehrenamts zu veranstalten und die hierfür anfallenden Kosten vonseiten der Stadtverwaltung ersetzt zu bekommen.

3 Bauen und Wohnen – in Bretten und für Bretten

Mehr Wohnbau und mehr Wohnraum

Bretten wächst weiter. Allerdings wird der benötigte Wohnraum nicht in ausreichendem Umfang fertiggestellt und so steigt der Nachfrageüberhang. Das Baugebiet Krautgärten und Weiherbrunnen in Bauerbach ist aus unserer Sicht ein Gestaltungsbeispiel, das Nachahmung finden sollte. Die FDP/Bürgerliste setzt sich für die zügige Schaffung neuer Wohnflächen durch Nachverdichtung im Bestand und Ausweisung von Neubaugrundstücken ein.

Wir machen uns für das Wachstum aller Stadtteile stark und streben eine gleichmäßige Verteilung künftiger Neubaugrundstücke an. Nur durch die konsequente Schaffung von neuem Wohnraum können die Mieten auf einem erträglichen Niveau gehalten werden. Einer Quote für sozial geförderte Wohnungen stehen wir offen gegenüber. Dazu möchten wir das Tübinger Modell zur Schaffung preiswerter Wohnungen mithilfe privater Baugemeinschaften einbringen.

Innenentwicklung und Nachverdichtung im Bestand

Nachverdichtung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven sind in Bretten schon lange ein Thema und aus Sicht der FDP/Bürgerliste mehr denn je erforderlich. Bretten braucht ein Leerstandskataster und muss dieses fortlaufend aktuell halten.

Wir fordern die Anpassung von Bebauungsplänen mit dem Ziel, mehr Wohnraum zu schaffen. Die Möglichkeit der Ausweisung von sogenannten „urbanen Gebieten“ kann auch in Bretten dabei helfen.

Die Vorschläge erfordern Impulse und Aktion seitens der Verwaltung, die einschlägige Projekte initiiert, begleitet und kommunale Grundstücke konzeptbezogen bereitstellt. Darauf werden wir drängen.

Denkmalschutz, Denkmalpflege und Gestaltungssatzungen

Bretten hat eine ganze Reihe charmanter Baudenkmäler, die unser sehenswertes Stadtbild prägen. Es sollte uns allen eine Verpflichtung sein, diese Gebäude für kommende Generationen zu erhalten. Die markantesten Baudenkmäler stehen bereits unter Denkmalschutz, viele wichtige Gebäude aus der Stufe darunter sind bisher gegen Abriss praktisch nicht geschützt. Wir beobachten immer wieder, dass erhaltenswerte Gebäude verschwinden oder nur knapp dem Abriss entgehen.

Deshalb setzt sich die FDP/Bürgerliste für eine Erhaltungssatzung in der Brettener Altstadt ein. Der bisherige Gemeinderat hat die Freigabe erteilt, ein Fachbüro hinzuzuziehen, um den vorhandenen Entwurf der

Satzung zu verbessern. Wir gehen davon aus, dass der neue Oberbürgermeister bzw. die neue Oberbürgermeisterin entsprechend aktiv wird.

Unser Ziel ist, den schleichenden Schwund an Bausubstanz in der Altstadt durch eine rechtsichere Erhaltungssatzung zu vermeiden. Die Erhaltungssatzung soll auf vernünftig gefasste Schutzbereiche angewendet werden, unser Stadtbild bewahren und gleichzeitig keine unüberwindlichen Hürden für erforderliche Baumaßnahmen mit sich bringen.

Gestaltung der Grundsteuer

Trotz unserer Ablehnung im Gemeinderat 2022 sind die Grundsteuerhebesätze von 300% (Grundsteuer A für agrarisch genutzte Flächen) und 370% (Grundsteuer B für bebaute und unbebaute Flächen auf gewerblichen und privaten Grundstücken) auf 350% bzw. 400% gestiegen.

Wir glauben, dass der Staat mit den Mitteln auskommen muss, die ihm die Bürger bereits heute zur Verfügung stellen. Eine Erhöhung kommunaler Steuern in der kommenden Legislaturperiode des Gemeinderats lehnen wir ab.

Die Grundsteuer C ermöglicht es Kommunen, ab 2025 einen eigenen Hebesatz für baureife Grundstücke einzuführen, um gezielt Anreize zur Nachverdichtung im Bestand zu setzen.

Die FDP/Bürgerliste wirbt für eine lokale Grundsteuerbremse, welche erstens die örtlichen Hebesätze der Grundsteuer anpasst, sodass die Grundsteuerreform des Landes Baden-Württemberg aufkommensneutral wirkt, und zweitens bei der Einführung einer erhöhten Grundsteuer C die Grundsteuer B entsprechend absenkt.

4 Sozial, gesund, integrativ – Unsere Gemeinschaft entwickelt sich weiter

Standort Rechbergklinik ausbauen

Es gibt in Bretten zu wenige Arztpraxen und auch in der Fachärzteabdeckung klaffen Lücken. Das neue „Dienstleistungszentrum“ in der Sporgasse lässt bislang nur die Verlagerung bestehender Arztpraxen erwarten, da die öffentliche Hand Mieten in dem Baukomplex subventioniert. Die FDP/Bürgerliste hofft auf die Anziehungskraft des Ärztehauses am Rechberg für zusätzliche Fachärzte. Die Stadt sollte ihre Möglichkeiten nutzen, diesen Standort durch Infrastrukturmaßnahmen weiter zu stärken.

Die FDP/Bürgerliste unterstützt den Vorschlag für ein Heli-Pad (Hubschrauberlandeplatz) an der Rechbergklinik, damit im Notfall ein Rettungshubschrauber die Klinik direkt anfliegen kann und nicht in Rinklingen auf dem Sportplatz landen muss.

Wir sind auch der Meinung, dass geprüft werden sollte, ob die Geburtshilfeabteilung, die es früher gab, in der neuen Rechbergklinik wiederbelebt werden kann. Zu prüfen ist, ob beim aktuell prognostizierten Bedarf ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist.

Haus- und Fachärzte stärken

Die Stadt Bretten steht vor einer großen Herausforderung: die Suche nach Nachfolgern für die Kinderarztpraxis sowie für mehrere Allgemeinarztpraxen gestaltet sich äußerst schwierig. Der Mangel an Ärzten in Kleinstädten und ländlichen Gebieten ist ein landesweites Problem, das die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung beeinträchtigt.

Der Engpass bei Nachfolgern gefährdet die kontinuierliche medizinische Versorgung der Bevölkerung und führt zu längeren Wartezeiten auf Arzttermine sowie zu einem erhöhten Druck auf die verbleibenden Ärzte.

Konkret soll in Bretten deshalb ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) gegründet werden oder eine Genossenschaft für Ärzte entstehen. Diese Modelle ermöglichen es mehreren Ärzten, ihre Ressourcen zu

bündeln, gemeinsam Praxisräume zu nutzen und die Arbeitslast zu teilen. Vor allem ein Großteil des Verwaltungsaufwandes soll den Medizinerinnen dabei erleichtert werden. Durch die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen, einen geringeren Bürokratieanteil und die Möglichkeit der interdisziplinären Zusammenarbeit werden MVZ und Genossenschaft dazu beitragen, den Ärztemangel in Bretten zu mildern und eine nachhaltige medizinische Versorgung sicherzustellen.

Die Kinderarzt-Versorgung in und rund um Bretten soll durch ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) für Kinder und Jugendliche auch über das Jahr 2024 hinaus langfristig gesichert werden. Ohne die Einrichtung eines MVZ droht Ende 2024 eine deutliche Einschränkung bei der Kinder- und Jugendmedizin in und rund um Bretten durch Schließung einer bestehenden Kinderarztpraxis. Das betrifft auch viele kleine Patienten aus Kraichtal, Oberderdingen, Kürnbach, Zaisenhausen und Sulzfeld. Deshalb brauchen wir die rasche Entscheidung, damit das MVZ seinen Betrieb aufnehmen kann.

Älter werdende Gesellschaft

Angesichts des demographischen Wandels müssen wir in Bretten mehr altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ermöglichen, damit unsere Stadt für Seniorinnen und Senioren lebenswert bleibt. Es fehlt ein Angebot für generationenübergreifendes Wohnen; die FDP/Bürgerliste plädiert für ein Mehrgenerationenhaus als zusätzliche Wahlmöglichkeit, die Bretten bereichert. Der Grundgedanke ist, dass sich die jüngeren und älteren Mitbewohner gegenseitig im Alltag unterstützen und ein gemeinschaftliches Miteinander entsteht. Das gibt es in verschiedenen Ausprägungen schon über 500 Mal in Deutschland.

Migration gemeinsam meistern und Chancen nutzen

Der Zustrom von Geflüchteten stellt für unsere Kommune eine große Herausforderung dar. Gleichwohl sind die politischen Einflussmöglichkeiten einer Gemeinde eher gering. Hier fordern wir eine ausreichende Unterstützung durch das Land und den Bund ein. Dies umfasst eine unbürokratische Abrechnung der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Auch muss es ein einheitliches Vorgehen in den Gemeinden geben (Stichworte: Residenzpflicht, Sachleistungen und Bezahlkarte).

Wir stehen zu unserer Pflicht, neben Schutz auch eine Perspektive zur Integration zu geben. Dies beinhaltet insbesondere das verpflichtende Erlernen der deutschen Sprache und die Vermittlung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Auch ist ein frühzeitiger Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt für die erfolgreiche Integration unerlässlich. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt entsprechende Formate und das diesbezügliche Ehrenamt organisatorisch und finanziell unterstützt.

Zur modernen Bürgergesellschaft gehören auch die offene, wertorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die Anerkennung kultureller Vielfalt. Extremismus, sei er religiöser, links- oder rechts-extremistischer Art, hat dabei keinen Platz. Wer durch kriminelles Handeln Vertrauen missbraucht, muss die Konsequenzen rechtsstaatlicher Maßnahmen erfahren. Das gilt für alle, auch diejenigen, die nur vorübergehend hier leben.

5 Mobilität – Lösungen für Verkehr und Infrastruktur

Masterplan für die Mobilität der Zukunft

Für die FDP/Bürgerliste gibt es bezüglich der Mobilität der Zukunft kein Allheilmittel. Es ist wichtig, dass Angebote des ÖPNV sowie ein Radwegenetz zur Verfügung stehen, aber genauso selbstverständlich wird der Pkw auch künftig eine wichtige Rolle spielen. Dabei setzen wir perspektivisch auf klimafreundliche Antriebsarten wie Elektromotoren sowie regenerative Kraftstoffe. Die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen selbst wählen können, auf welches Verkehrsmittel und welche Antriebsart sie setzen. Es braucht vor Ort ein Gesamtkonzept, das auf die jeweiligen Verhältnisse zugeschnitten ist und alle Verkehrsträger einbindet. Im Interesse der Bürgerschaft sind auch die Anforderungen des Einzelhandels, von Dienstleistern und der Gastronomie ausreichend zu berücksichtigen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt des Individualverkehrs im Mobilitätsmix. Wir sprechen uns grundsätzlich gegen flächendeckende und hohe Parkgebühren aus und lehnen eine absichtliche Reduzierung des Verkehrsraumes ab, wenn diese primär das Ziel hat, den Individualverkehr weniger attraktiv zu machen.
- Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, indem wir verkehrsträgerübergreifende Angebote und Park-and-Ride-Lösungen ausbauen. Letztere sind besonders wichtig, da viele Bürgerinnen und Bürger nicht in Bretten selbst berufstätig sind.
- Um die Innenstadt und umliegende Gemeinden lebenswerter zu machen sowie die Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Straßenverkehr zu reduzieren, möchten wir diese soweit möglich vom Durchgangsverkehr entlasten.
- den bedarfsgerechten und wirtschaftlich sinnvollen Ausbau von Elektroladestationen.
- Mobilitätskonzepte wie ehrenamtliche Bürgerbusse, Ruftaxis, On-Demand-Verkehre, Carsharing oder Ridepooling.

Südwestumgebung

Die Südwestumgebung erfährt unsere Unterstützung, weil nur sie die Verkehrsbelastung aufgrund von Durchgangsverkehr aus der Kernstadt nimmt und sich damit auch Freiräume für Radfahrer ergeben.

Besonders problematisch wirkt das weiterhin steigende Lkw-Aufkommen. Wenn in Neulingen und Bruchsal Umgehungsstraßen gebaut werden, dann wird bei Stau auf der Autobahn zwischen Bruchsal und Pforzheim der Kipppunkt früher erreicht, weil Navigationsgeräte die Abkürzung über Bruchsal – Bretten – Neulingen – Pforzheim empfehlen und der Verkehr in Bretten deshalb zunehmen wird.

Wir befürworten einen weiträumigen Streckenverlauf, der das „Karlsruher Dreieck“ mit der B294 im Süden südlich der Stadtwerke verbindet. Wichtig ist dabei ein entsprechender Abstand zur Wohnbebauung in Rinklingen und angemessene Lärmschutzmaßnahmen, um die berechtigten Anwohnerinteressen zu schützen. Ein möglichst langer Tunnel ist für uns die Ideallösung.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass eine solche Entlastungsstraße im Bundesverkehrswegeplan 2030 verankert wurde.

Mit Recht verweisen Projektgegner auf das Risiko, die Südwestumgebung könne wertvolle Naherholungsräume und Ökosysteme auf dem Rechberg gefährden und Anwohner großer Lärmbelastung aussetzen. Wir sind der Überzeugung, dass sich die skizzierten Einwände mittels einer umsichtigen Projektplanung entkräften lassen. Alle politischen Akteure in Bretten sollten an einem Strang ziehen, um gegenüber Bund und Land durchzusetzen, dass der Straßenneubau umweltverträglich realisiert wird. Dazu müssen ein hinreichend langer Tunnel oder eine Überdeckung der neuen Trasse zählen.

Bessere Radwege

Die FDP/Bürgerliste möchte mehr Menschen motivieren, auch per Fahrrad mobil zu sein. Hier haben wir es in Bretten selbst in der Hand, die Verkehrsbelastung – hervorgerufen durch unsere eigenen kurzen, innerstädtischen Fahrten – zu reduzieren. Die FDP/Bürgerliste hält das örtliche Radwegenetz insgesamt weiter für optimierungsbedürftig. Zu viele Radstreckenabschnitte enden noch im Nichts. An den Übergängen auf die regulären Straßen ergeben sich Gefahrenpunkte, zum Beispiel in der Pforzheimer Straße am Ende der Radfahrstraße.

Zur Stärkung des Radverkehrs fordern wir von der FDP/Bürgerliste daher sichere und durchgängige Radwege von allen Stadtteilen bis zum Marktplatz. Der Schwerpunkt sollte in den nächsten Jahren beim Schließen der Lücken im Wegenetz liegen.

Wir erwarten eine Aktualisierung des Mobilitätskonzepts durch die Stadtverwaltung und die Einarbeitung eines vernünftigen Radverkehrsplanes, um die nächsten Schritte gemeinsam angehen zu können. Dazu gehört die Erhöhung der Sicherheit auf Schulwegen in allen Stadtteilen für Kinder und Jugendliche. Die weiterführenden Schulen brauchen zusätzlich eine durchgängige Einbindung in den Radverkehrsplan.

Leistungsfähige kommunale Infrastruktur

Eine leistungsfähige kommunale Infrastruktur verbindet Menschen. Es ist eine zentrale Aufgabe der Gemeinden, die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur jederzeit zu gewährleisten.

Ein besonderes Augenmerk muss auf der Sanierung bestehender Verkehrsinfrastruktur liegen.

Es bedarf der Verbesserung der technischen Ausstattung der Kommunen, damit Schäden (z.B. an Brücken, Stützmauern oder Kanälen) rechtzeitig erkannt und behoben werden können. Hierbei sind auch Möglichkeiten der digitalen Bürgerbeteiligungen zu berücksichtigen (z.B. Meldung von Schäden durch Apps inklusive Rückmeldung des Bearbeitungsstatus).

Glasfaser und mobiles Internet

In den letzten Jahren hat sich die Versorgung der Kernstadt und der Ortsteile mit Glasfaser und mobilem Netz deutlich verbessert. Dennoch gibt es „weiße Flecken“, die für uns nicht akzeptabel sind. Die FDP/Bürgerliste erwartet von den Anbietern, dass Bauerbach, Büchig und Neibsheim zügig angeschlossen werden und der Hauptanschluss in Dürrenbüchig endlich erfolgt.

Bei den bestehenden Anbietern fehlen im Fall von Störungen oder Nachrüstungen lokale Ansprechpartner. Die Stadt Bretten soll entschlossen dafür eintreten, dass diese Probleme behoben werden und dabei Möglichkeiten für eine Beschleunigung ausnutzen.

6 Nachhaltig – für Klima, Umwelt und Energie

Energieeffizienz und Vermeidung fossiler Brennstoffe

In Sachen Klimaschutz sollte die Stadt Bretten mit gutem Beispiel vorangehen und bei eigenen Gebäuden den Energieverbrauch reduzieren, die Energieeffizienz steigern, Energie aus regenerativen Quellen beziehen und möglichst auch selbst erzeugen.

Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude ist für uns vorrangig. Wo es möglich ist, sollten zusätzlich auf großen, unverschatteten Dachflächen, Photovoltaikanlagen installiert werden.

Wir begrüßen die angedachte Nutzung von Fernwärme aus Graben-Neudorf und die Planung des konsequenten Ausbaus von Nah- bzw. Fernwärmenetzen in Neubaugebieten. Auch für Bestandsgebäude sollte die Chance eines Anschlusses an die Nah- oder Fernwärme möglichst eröffnet werden.

Die FDP/Bürgerliste setzt auf Technologieoffenheit und Pragmatismus ohne ideologische Scheuklappen, um Klima und Umwelt zu schützen. Wir denken, dass man durch den wirtschaftlich sinnvollen Einsatz schneller zum Ziel kommt.

Resilienz gegen den Klimawandel

Bretten muss sich anpassen, um die leider unvermeidlichen Folgen des Klimawandels besser abfedern zu können. Bebauung, Bodenversiegelung, Verkehr und Siedlungsdichte verstärken die Folgen des Klimawandels vor Ort.

Die FDP/Bürgerliste befürwortet Stadtbegrünung als eine wirkungsvolle Klimaanpassungsmaßnahme: Gründächer, Stadtbäume, grüne Fassaden und insgesamt mehr freie Grünflächen.

Im Wohnungsbau wollen wir Methoden anwenden, die kostengünstiges Bauen mit praktischen Lösungen zur Klimaanpassung kombinieren. Dabei kommen bereits im Planungsprozess Elemente wie Dachbegrünungen, Wasserspeicher und Hochwasserschutzmaßnahmen zur Anwendung.

7 Kinder und Jugendliche fördern – Bildung und Betreuung vor Ort

Chancengerechtigkeit ist ein zentrales Grundelement erfolgreicher Bildungspolitik. Jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, sich in einer Welt im Wandel bestmöglich zu entwickeln. Wir möchten die Schulen in Bretten dazu ertüchtigen und ihre Eigeninitiative so weit wie möglich fördern. Deshalb setzen wir uns ein für:

- moderne sanierte Schulgebäude. Nur dort, wo sich Schüler wohl fühlen, kann hochwertiges Lernen funktionieren. Hierzu gehören sowohl eine zeitgemäße technische Ausstattung als auch funktionierende und saubere sanitäre Anlagen.
- eine an den Unterricht anschließende Schulkindbetreuung, die flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingeht, sowie eine angemessene Beteiligung des Landes und der Kommune an den Kosten. Die Schulkindbetreuung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Hier ist insbesondere das Engagement der Brettener Schulfördervereine hervorzuheben, welches weiter von der Stadt organisatorisch und finanziell unterstützt werden soll.

Betreuungsplätze für Kinder

Ein Betreuungsplatz für Kinder ist ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr. Auch in Bretten sind diese Betreuungsplätze knapp und wir möchten die Situation für alle Eltern verbessern. Durch die Kommune und wenn möglich auch größere Betriebe sollen wohnortnahe Angebote etabliert und deren Nutzung einfach und stressfrei ermöglicht werden.

Wir setzen uns insbesondere ein für:

- die Förderung flexiblerer Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten sowie eine Unterstützung von Tageseltern,
- Ganztagsbetreuung durch unterschiedliche Träger mit verschiedenen Angeboten, die gleichbehandelt und gefördert werden,
- Transparenz bezüglich der Platzvergaberichtlinien sowie zeitnahe Zu- oder Absagen an die Eltern.

Digitalisierung von Bildung und Betreuung

Um unsere Kinder optimal auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten, braucht es einen zeitgemäßen Unterricht mit digitalen Methoden und Materialien. Diese spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der individuellen Bedürfnisse und Talente eines jeden Kindes.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die zeitgemäße technische Ausstattung von Schulgebäuden,
- flächendeckendes WLAN und digitale Anzeige- und Interaktionsgeräte an Brettener Schulen,
- die aktive Einbeziehung digitaler Lehrmittel in den Unterricht, etwa um Blended-Learning-Modelle in den Schulen zu gewährleisten. Dies schließt auch die aktive Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken von generativer künstlicher Intelligenz (KI) und möglichst deren Nutzung ein.
- die Einführung anwenderfreundlicher KiTa-Apps zur Kommunikation zwischen Betreuungseinrichtungen und Eltern.
- die beschleunigte und vereinfachte Vergabe von KiTa-Plätzen und Betreuungsplätzen für Schulkinder durch eine bessere digitale Unterstützung.

8 Gemeinsam stark – Impulse für Ehrenamt und Vereinsleben

Ehrenamtliches Engagement stärken

Der soziale und kulturelle Zusammenhalt in unseren Gemeinden wird maßgeblich vom Ehrenamt getragen. Sport, Kultur, Vereine, Rettungsdienste, die Freiwillige Feuerwehr, Initiativen für soziale Unterstützungsangebote etc. prägen das Leben in einem hohen Maße.

Eine sichere Umgebung ist Voraussetzung für eine lebenswerte Kommune. Hierzu trägt eine aktive Bürgergesellschaft maßgeblich bei. Wir vertrauen unsere Sicherheit vielfach ehrenamtlichen Kräften an, z.B. in der Feuerwehr, in Rettungsorganisationen, im Technischen Hilfswerk (THW) oder in der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), und wir tun gut daran, solches Ehrenamt für die Bürgergesellschaft dauerhaft zu unterstützen.

Wertschätzung und Anerkennung für alle Formen des Ehrenamts sind daher wichtig. Aber es braucht auch seitens der Kommunen die richtigen Rahmenbedingungen, damit sich ehrenamtliches Engagement entfalten kann.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die kommunale Bereitstellung von Räumlichkeiten und Treffpunkten für Vereine und ehrenamtlich Engagierte, wenn Räume nicht schon vorhanden sind,
- die Förderung von Synergien zwischen den Vereinen zur effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen,
- angemessene Rahmenbedingungen für Veranstaltungen, die von Ehrenamtlichen getragen werden. Diese Veranstaltungen dürfen nicht zum „Staatsakt“ werden mit Sicherheitsauflagen, die die Vereine finanziell und organisatorisch überfordern.

Vereine und Sport

Wir halten eine höhere Wertschätzung der Ehrenamtlichen im Amateur- und Breitensport für dringend notwendig.

Wer in seiner Freizeit anderen Menschen, insbesondere Kindern oder Menschen mit Behinderung, dabei hilft, sportlich tätig zu sein, und eine Vorbildfunktion mit hohem persönlichen Einsatz übernimmt, hat die Anerkennung der Gesellschaft verdient. Daher setzen uns ein für:

- die gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Sport- und Bewegungsangebote, die dem Inklusionsgedanken gerecht werden. Dies ist bei der finanziellen Förderung der Vereine besonders zu honorieren,
- regelmäßige Gespräche mit den Vereinen zur besseren Unterstützung der Vereinsarbeit und des Ehrenamtes,
- Schwimmunterricht, der allen Schülern im Rahmen ihrer Schulbildung angeboten wird. Hierbei sollte nach Bedarf auf private Organisatoren bzw. Vereine zurückgegriffen werden, bevor Schwimmunterricht ganz entfällt.

Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Die FDP/Bürgerliste setzt sich für eine stärkere Beteiligung von jungen Menschen in den kommunalpolitischen Gremien ein. Wir möchten junge Menschen aktiv fördern, damit sie ihre Interessen selbst vertreten und sich beteiligen. Nur so kann der anstehende Generationenwechsel im Gemeinderat und den Ortschaftsräten gelingen.

9 Finanzstark und bürgernah – für transparente Finanzpolitik und effiziente Verwaltung

Kommunale Finanzen

Die FDP/Bürgerliste setzt sich für solide öffentliche Finanzen in Bretten ein, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern und nachfolgende Generationen nicht mit überbordenden Schulden zu belasten. Hierzu gehören eine bessere Ausgabenkontrolle und seriösere Kostenschätzungen sowie mehr Projektdisziplin zur Vermeidung zusätzlicher Kosten bei Bauvorhaben.

Bürgernah und digital

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen, um Verwaltungsprozesse zu optimieren, Bürokratie abzubauen und den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Service zu bieten. Die digitale Verwaltung spart Zeit und Kosten. Das ermöglicht der Verwaltung, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren, und der Bürgerschaft, ihre Anliegen von zu Hause aus – ohne lange Wartezeiten oder den Gang zum Amt – erledigen zu können.

Die FDP/Bürgerliste will Innovation durch Digitalisierung:

- Streaming von Gremiensitzungen, um zeitgemäße Bürgerbeteiligung zu ermöglichen,
- Bürger-Apps mit nützlichen Informationen aus der Gemeinde als digitale Amtsblätter,
- moderne Gemeinde-Webseiten,
- eine Gemeindeverwaltung, die in den sozialen Medien vertreten ist und mit ihrer Hilfe regelmäßig die Bürger informiert,
- den bedarfsgerechten Einsatz hybrider Sitzungen, um die Effizienz der kommunalpolitischen Gremienarbeit zu steigern, beispielsweise bei Vorberatungen oder fraktionsübergreifenden Koordinationsterminen, in denen keine rechtswirksame Abstimmung vorgesehen ist,
- konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, um insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel und demographischem Wandel wertvolle Personalressourcen in den Gemeindeverwaltungen möglichst sinnvoll einsetzen zu können. Konsequente Verwaltungsdigitalisierung ist kein leidiger Zusatzaufwand, sondern eine große Chance.
- umfassende Digitalisierung der Ausländerbehörden, um schnelle und effiziente Verfahren zu gewährleisten,
- regelmäßige Townhall Meetings (große Bürgerforen) mit der Stadtspitze als hybride Veranstaltung (Treffen vor Ort und gestreamt).

Kein Gendersternchen

Die FDP/Bürgerliste unterstützt das Ansinnen des Volksbegehrens gegen eine Genderpflicht an Schulen und Behörden des Heidelbergers Klaus Hekking, weil das Gendern an der Wahlurne demokratisch entschieden werden sollte. Ein Volksbegehren oder ein Beschluss im Landtag oder Bundestag sollten diese gesellschaftliche Frage klären.

Bis zu einer solchen übergeordneten Klärung treten wir lokal dafür ein, dass die Stadtverwaltung in ihrer öffentlichen und internen Kommunikation sowie in Gemeinderatssitzungen keine Gendersonderzeichen nutzt. Das gilt auch für alle kommunalen Gesellschaften und Einrichtungen der Stadt Bretten.

10 Standort stärken, Zukunft sichern – Attraktive Wirtschaftsfaktoren in Bretten

Einzelhandel

Angesichts des veränderten Konsumverhaltens vieler Verbraucher bedarf es gemeinsamer Anstrengungen, um die Innenstadtlage für Einzelhändler attraktiv zu gestalten und eine Perspektive für die Zukunft zu bieten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- einen Bürokratieabbau für Einzelhändler anstelle des Erlasses immer weiterer Regelungen wie Gestaltungssatzungen, komplizierte Förderprogramme, Sondernutzungsgebühren für Werbetafeln und Verkaufsstände vor dem Ladengeschäft oder überzogenen Stellplatzvorgaben,
- kreative und engagierte Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung.

Hier sind durch die Stadt unbürokratisch Unterstützungsmaßnahmen für Abend- oder Wochenmärkte bereitzustellen. Insgesamt ist ein niederschwelliges Klima für privatwirtschaftliches Engagement zu schaffen. Dies kann zum Beispiel durch kleine Maßnahmen wie den Verzicht auf Standgebühren und die unkomplizierte Bereitstellung von Strom erfolgen.

Mittelstandspolitik

Mittelständische Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie bieten mehr als 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Zudem stellen sie rund 80 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Damit hat der Mittelstand eine immense Bedeutung für die Sicherung des Wohlstands und der Stabilität in unserem Land sowie Bretten.

Deshalb fordern wir:

- moderate Gewerbe- und Grundsteuer-Hebesätze,
- die digitale kommunale Infrastruktur zu optimieren und voranzutreiben, um Wettbewerbsnachteile für mittelständische Unternehmen zu vermeiden,
- kommunale Wirtschaftsförderungsprogramme regelmäßig zu evaluieren und auch auf die spezifischen Anforderungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) anzupassen,
- eine gute Betreuung der Bestandsgewerbetreibenden, um diese am Standort zu halten,
- kleine und mittlere Unternehmen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen zu beraten und zu unterstützen und innovative Ansätze bei der Ausgestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf zu fördern,
- eine adäquate Ausstattung der beruflichen Schulen zu schaffen und sicherzustellen, dass sie dem aktuellen technischen Stand für die jeweiligen Berufsfelder entsprechend ausbilden können,
- die unbürokratische Förderung von Existenzgründungen,
- ein bedarfsgerechtes Angebot an Gewerbeflächen für Erweiterungen oder Neuansiedlungen von Betrieben zu schaffen,
- ein besonderes Augenmerk auf die Flächen- und Unterstützungsbedarfe von kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben zu legen,
- moderate Sperrzeiten für Gaststätten, die auch in den Abendstunden gastronomischen Betrieb ermöglichen,
- die Ermöglichung unbürokratischer Flächenerweiterungen in der Außengastronomie und die Reduzierung zusätzlicher Belastungen wie Sondernutzungsgebühren für Außengastronomieflächen,
- einheitliches grenzüberschreitendes Auftreten der Tourismusregionen und gemeinsame Werbemaßnahme für die gesamte Region,
- einen Ausbau des digitalen Tourismusmarketings.

Innovationen und Firmengründungen

Bretten liegt zentral zwischen den IT- und Forschungszentren Karlsruhe, Stuttgart, Heilbronn und Heidelberg/Walldorf. Die Förderung von Neugründungen im IT-Bereich durch einen attraktiven *Start-up Campus* und einen *Coworking Space* in Kooperation mit den Hochschulen und örtlichen IT-Firmen als vielversprechende Partner liegt somit nahe. Folglich sollte die Wirtschaftsförderung der Stadt Bretten ihr 2022 zurückgestelltes Konzept für ein Gründer- und Innovationszentrum (GIB) weiterverfolgen.

Das GIB ist dabei auch als *Coworking Space* zu konzipieren und soll Angestellten für *Remote Work* zur (gelegentlichen) *Homeoffice*-Alternative zur Verfügung stehen. Außerdem soll das GIB als Veranstaltungsort für Netzwerkveranstaltungen genutzt werden. Hier sind insbesondere Kooperationen mit der Technologie-region Karlsruhe (TRK) anzustreben, um Bretten nicht zuletzt deutlich sichtbarer in der TRK zu machen.

Landwirtschaft und regionale Produkte

Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil Baden-Württembergs und spielt eine zentrale Rolle als bedeutender Wirtschaftszweig, für unsere Ernährungssicherheit und für den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Obst- und Weinbau prägen viele Landschaftsbilder. Dies gilt auch in und rund um Bretten.

Als FDP/Bürgerliste setzen wir uns für eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft ein, die ökonomisch erfolgreich ist und gleichzeitig den Schutz von Natur und Umwelt gewährleistet. Landwirtschaftliche Unternehmer entwickeln ihre Betriebe über Generationen hinweg. Die Kommunen sollen sie dabei als starker Partner begleiten.

Deshalb stehen wir für folgende Grundsätze:

- Zusätzliche Bewirtschaftungsauflagen für Pächterinnen und Pächter landwirtschaftlicher Nutzflächen aus kommunaler Hand, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, lehnen wir ab.
- Die Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Erzeugnisse vor Ort, etwa im Rahmen von Verkaufsständen oder Hofläden, sollte gefördert werden. In diesem Kontext sind insbesondere Automaten und mobile Dorfläden für den Verkauf von regionalen Produkten zu unterstützen.
- Wir streiten für ein intaktes und dem heutigen Stand der Technik in Land- und Forstwirtschaft angepasstes Wirtschaftswegenetz. Die Tragfähigkeit der multifunktional genutzten Wege muss den heutigen Anforderungen entsprechen.

11 Eine sichere Zukunft: Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Sicherheit in Bretten

Eine besondere Bedeutung hat für uns die Prävention. Es ist am besten, die Menschen zu stärken und Kriminalität wirksam und nachhaltig vorzubeugen, statt später an Symptomen herumzudoktern. Ein Schwerpunkt muss dabei die Jugendarbeit sein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine bessere und langfristige (Kriminal-)Prävention. Programme wie Erste-Hilfe-Kurse, Projekte zum besseren Schutz vor Einbruchdiebstählen, zum Umgang mit Medien und Mobbing, zur Brandprävention oder Schwimmunterricht für Kinder müssen verstetigt und etwa mit Polizei, Schulen und Rettungsorganisationen stärker vernetzt werden. Nur so können sie nachhaltig Wirkung entfalten.
- eine bessere Unterstützung und Vernetzung aller in der Jugendarbeit Tätigen, sei es an Schulen, in Vereinen, in der freien Jugendarbeit oder in den Behörden, damit Probleme frühzeitig erkannt und gemeinsam angegangen werden können. Wirksame Jugendarbeit und eine Kultur des Hinsehens helfen mehr als der bloße Erlass weiterer Verbote.
- mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern sowie insbesondere von Menschen mit Behinderungen, wenn es darum geht, u.a. ihr Umfeld sicherer und einfacher zu gestalten.
- Stärkung der Vernetzung von Polizei, Rettungseinrichtungen, Vereinen und der örtlichen Wirtschaft
- Die Straßenbeleuchtung muss nachts in Bretten wieder länger angeschaltet sein.

Polizeipräsenz

Bürgerinnen und Bürger werden sich nur mit ihrer Stadt oder Gemeinde identifizieren, wenn sie sich dort auch sicher fühlen. Das Sicherheitsgefühl und die Prävention werden maßgeblich von einer ausreichenden Polizeipräsenz vor Ort gestärkt.

Die FDP/Bürgerliste fordert dringend den Neubau des Polizeireviers Bretten auf dem dafür bereits gekauften Grundstück (Flurstück Nr. 3195/22). Dort soll ein neues Dienstgebäude einschließlich Nebenanlagen, Garagen und Stellplätzen entstehen. Wir erwarten, dass sich der neue Gemeinderat und die Bürgermeister für zügige Modernisierung der Polizei-Infrastruktur und eine entsprechende Personalbesetzung stark machen.

Feuerwehren

Neben der Polizei sind die Feuerwehren im Land wesentliche Garanten der öffentlichen Sicherheit. Rund um die Uhr stehen sie der Allgemeinheit an allen Tagen des Jahres verlässlich und kompetent zur Verfügung, um Menschen und Tiere zu retten, Brände zu bekämpfen und technische Hilfe zu leisten. In den Gemeindefeuerwehren Baden-Württembergs leisten über 100.000 Menschen diese Aufgabe. Die meisten davon ehrenamtlich, neben ihrem Beruf und neben den Anforderungen aus Familie und Alltag.

Wir wollen diese Arbeit unterstützen und streiten für:

- eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Rettungsorganisationen,
- verlässliche städtische Investitionen in professionelle Technik,
- die Ansprache und Unterstützung von Arbeitgebern, die ihren Arbeitnehmern die ehrenamtliche Tätigkeit in der Feuerwehr ermöglichen und erleichtern,
- Kampagnen zur Nachwuchsförderung sowie der Gewinnung von mehr Frauen und Migranten,
- den zügigen Neubau der Feuerwachen in Gölshausen, Büchig und Ruit,
- die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch kommunale Ehrenamtskarten und kostenfreie Volkshochschulseminare.

12 Digitalisierung als Chance – Smart City

Digitalisierung als Querschnittsfunktion

Die Digitalisierung um der Digitalisierung willen hat keinen Nutzen. Es geht um direkten Mehrwert, der das Leben besser macht.

Dazu gehört für die FDP/Bürgerliste:

- Barrierefreiheit im digitalen Raum: Städtische Webseiten und Apps sind barrierefrei zu gestalten und in einfacher Sprache zu halten. Bei neuen Angeboten ist außerdem Mehrsprachigkeit, insbesondere die englische Sprache, von Anfang an zu berücksichtigen.
- Wenig technikaffine Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht außen vor gelassen werden und analoge Alternativen sind weiterhin anzubieten.
- Datenschutz und IT-Sicherheit – Alle digitalen Angebote der Stadt müssen ein hohes, aber verhältnismäßiges Schutzniveau für Daten und IT-Sicherheit haben.
- eine zeitgemäße Aufstellung der Verwaltung und der kommunalen Unternehmen gegen Cyber-Attacken
- die Beschleunigung und Vereinfachung von Bauverfahren durch die Digitalisierung der Antragsprozesse
- die Einführung digitaler Baulandkataster, um Flächenreserven zur Innenverdichtung zu mobilisieren
- die Verbesserung digitaler Fahrplanauskünfte und den Ausbau digitaler Anzeigetafeln an Bushaltestellen. Außerdem sollen die Potentiale der besseren Vernetzung verschiedener Verkehrsträger und Mobilitätsformen wie zum Beispiel Echtzeit-Transponder besser genutzt werden, indem Echtzeitauskünfte zu Abfahrzeiten oder Verfügbarkeiten digital sichergestellt werden.
- smarte Ampelsysteme, um den Verkehrsfluss in unserer Stadt zu beschleunigen
- Smart-City-Ansätze mittels LPWAN-Technologien wie z.B. LoRaWAN, um die Digitalisierung von Mülltonnen (Leerungssensorik), effiziente Grünflächenbewässerung oder eine digitale Baumkontrolle zu ermöglichen. Auch bei der Warnung vor Waldbränden oder Hochwasserlagen können LPWAN-Lösungen nützlich sein.
- Intelligente Straßenbeleuchtung: Den Austausch bestehender Straßenbeleuchtung durch smarte LED-Leuchtmittel mit Bewegungssensoren, um längere Beleuchtungszeiten mit weniger Energieverbrauch zu kombinieren. In Ludwigsburg funktioniert das schon.